

Landsgemeinde: Strassen zu reden

Die Glarner Landschaft hat gestern elf Sachverhalte in rekordverdächtigen Stunden behandelt. Zu Ländersprache führte lediglich ein Element über das Befahren von Waldstrassen. Die Gemeinde lockerte das Geländeverbot: Die drei Glarner Gemeinden können bei Ausnahmen vom Geländeverbot für Motorfahrzeuge auf Waldstrassen bei der Regierung und Parlamenten die Kompetenz kanton belassen wollen. Geschäft war das einzige, das Landsprache gegen den Antrag von Regierung und Parlament entschied. Alle Änderungen wurden speditiv in der Politik durchgewinkt. Die Regierung reflektierte das Gelernte: Themen, die die Kraft über die Kantone hinaus fehlten. Die wichtigsten Entscheidungen über die Kantonalbank. Die Landsprache der Kantonsregierung die Kompetenz, eigenmächtig über den Aktienkapitalmarkt GLKB zu befinden. Im Land lehnte sie die Abschaffung der Nutzungsfläche bei der Ab und genehmigte eine Nutzungsfläche für Fussball-sportspiele sowie ein Sparpaket von einer halben Franken. (sda)

Der mehr ioren im Netz

In der Schweiz nutzen mehr Senioren das Internet. Der Anteil der «Online-Seniors» hat seit 2010 um die zugenommen, wie Pro Senectute gestern mitteilte. Diejenigen, die Internet nutzen, fühlen sich integrierter als «Offline-Seniors», dass sie mit Hilfe der Internet länger selbstständig leben können. Pro Senectute hat festgestellt, dass das Internet das Sicherheitsgefühl von Online-Senioren erhöht. Ältere Senioren würden sich zunehmend von Innovationen und Dienstleistungen abgeschnitten. (sda)

Gegen jede Zentralisierung

Mit einer Initiative will der bernische SVP-Nationalrat Rudolf Joder dagegen vorgehen, dass der Kanton immer mehr und die Gemeinden immer weniger zu sagen haben. Er spricht damit ein Problem an, das nicht nur Bern umtreibt.

RETO WISSMANN

BERN. Die Poststelle schliesst, der Laden macht dicht, das Regionalspital gibt es schon längst nicht mehr, und entschieden wird sowieso alles in Bern oben: Der rapide Strukturwandel löst vor allem in der Landbevölkerung Ängste und Verunsicherung aus. Dagegen will der bernische SVP-Nationalrat Rudolf Joder etwas unternehmen. Zusammen mit einer Handvoll Mitstreiter hat er kürzlich die kantonale «Zentralisierungsstopp-Initiative» lanciert. Bis im Herbst muss das Komitee 15 000 Unterschriften zusammenbringen, damit es zu einer Volksabstimmung kommt.

Der Kanton als Krake

Wo das Problem und wo die Lösung liegt, ist für den ehemaligen Präsidenten der SVP des Kantons Bern klar: Das Problem ist der Kanton, der immer mehr Aufgaben übernimmt und Kompetenzen an sich zieht. In der Propaganda wird er als furchteinflössender Krake dargestellt, der haufenweise Ortstafeln verschlingt. Die Lösung liegt für Joder bei den Gemeinden. Sie sollen mit der Initiative gestärkt werden. Bei einer Annahme der Initiative dürfte der Kanton nur noch Aufgaben übernehmen, die einzelne Gemeinden oder regionale Institutionen nicht selber erledigen können. Ausserdem sollen 30 Gemeinden ein Referendum gegen ein kantonales Gesetz ergreifen und 45 eine Volksinitiative lancieren können.

Mit der Initiative reitet Rudolf Joder, der wegen parteiinterner Amtszeitbeschränkung Ende Jahr zurücktreten muss, einen Frontalangriff auf die Zentralverwaltung. «Der administrative Aufwand nimmt zu, die Verwaltung arbeitet ineffizient, teuer und langsam, die Demokratie wird ausgeschaltet», sagt der Nationalrat. Die «Zentralisierungspolitik» der letzten Jahre habe nicht die versprochenen Resultate gebracht. Daher müsse in Zukunft viel kritischer geprüft werden, welche Staatsebene welche Aufgaben übernehme.

Reformen als Auslöser

Der Kanton Bern hat in jüngster Zeit verschiedene grundlegende Reformen durchgemacht.



Nationalrat Rudolf Joder (SVP/BE) will mit seiner Zentralisierungsstopp-Initiative die Gemeinden stärken. Bild: ky/Peter Klauzner

Anstelle der Stadt- und Gemeindepolizei trat die Einheitspolizei Police Bern, die 26 Amtsbezirke wurden aufgelöst und durch fünf Verwaltungsregionen und zehn Verwaltungskreise ersetzt. Seit 1999 mussten 13 Landspitäler schliessen. Der Fusionsdruck auf kleine Gemeinden steigt zudem. Heute kann eine Gemeinde unter gewissen Bedingungen gar zu einer Fusion gezwungen werden. Für Aufregung sorgte vergangenes Herbst auch der Regierungsvorschlag, den Gemeinden die

Hoheit über die Ortsplanung zu entziehen.

Solche Beispiele dienen als Beweise für die Notwendigkeit ihrer Initiative. «Zentralisierungen sind teuer und bringen den Bürgerinnen und Bürgern nur Nachteile», sagt SVP-Grossrätin Andrea Gschwend-Pieren. Tatsächlich sind einige Reformen auch Jahre nach ihrer Umsetzung noch umstritten. Aus Unzufriedenheit mit dem Service der Einheitspolizei haben einzelne Gemeinden beispielsweise gar ihren Vertrag mit dem

Kanton gekündigt. Zurück zum alten System will trotzdem niemand. Tatsache ist auch, dass die Gesundheitskosten trotz Schliessung diverser Spitäler gestiegen sind. Der Kanton hat jedoch aufgezeigt, dass sie ohne die Strukturanpassung heute noch viel höher wären.

Ein Referendum für Gemeinden

Rudolf Joder hält dennoch an seiner Grundsatzkritik fest. Für ihn beschränkt sich das Problem auch keineswegs nur auf den Kanton Bern: «Alle grossen Kan-

tone mit städtischen Zentren und ländlichen Regionen haben ähnliche Schwierigkeiten.» Für den Nationalrat ist klar: «Der Föderalismus muss auch auf Kantonsebene gestärkt werden.» Was sich auf eidgenössischer Ebene bewährt habe, müsse jetzt auch in den Kantonen eingeführt werden. Konkret sollen künftig Gemeinden ein Referendum ergreifen können, wie dies die Bundesverfassung bereits heute für die Kantone vorsieht. Ausserdem soll der Kanton streng nach Subsidiaritätsprinzip nur noch machen, was die Gemeinden nicht selber regeln können – ebenfalls analog zur Bundesverfassung.

Kritik vom Staatsrechtler

Dieser Logik widerspricht jedoch Kurt Nussli. «Die Gemeinden sind nicht mit den Kantonen vergleichbar», sagt der ehemalige bernische Staatsrechtler und Honorarprofessor für Staatsrecht an der Universität Bern. Die Kantone seien die konstituierenden Einheiten des Bundesstaates, wohingegen die Gemeinden als Untereinheiten der Kantone zu verstehen seien. «Dass die Gemeinden einen bestimmenden Einfluss auf die Gesetzgebung der Kantone nehmen, widerspricht der Schweizer Rechtsprechung», so Nussli. Er kann zwar nachvollziehen, dass sich die Bevölkerung in ländlichen Regionen teilweise als Verliererinnen von Spar- oder Restrukturierungsprozessen sieht. Die Ideen in der Zentralisierungsstopp-Initiative hält er jedoch für «nicht zielführend».

Die Initiative kann auch als Ausdruck des Stadt-Land-Graben verstanden werden, der im Kanton Bern mit seinen Gegensätzen zwischen urbanen Zentren und abgeschiedenen Landregionen immer wieder aufbricht. Dieser wird seit Jahren von der SVP politisch bewirtschaftet. Sie profiliert sich einerseits als Vertreterin der Landregionen, fährt andererseits aber einen harten Sparkurs und beschleunigt somit den Strukturwandel. Joder verspricht nun zwar, mit der Initiative das Verständnis zwischen Stadt und Land fördern zu wollen. Möglich ist jedoch auch, dass dieser Graben bei einer Abstimmung noch tiefer wird.

Röhrchen-Test» verärgert Motorbootfahrer

Mit einem Jahr gilt für Freizeitkapitäne die gleiche Promillegrenze wie für Autofahrer. Neu soll die Fahrtüchtigkeit von Kapitänen gleich kontrolliert werden: Mit einem Hauch ins Röhrchen. Die Motorbootfahrer wehren sich vehement gegen die Änderung.

Bisher ist in der Schifffahrt der Beweis der Fahrtüchtigkeit immer eine Blutprobe notwendig. Solche ist allerdings aufwendiger und teurer als ein Atemalkoholtest. Der Rat hat in der Teilrevision des Schifffahrtsgesetzes vorgeschlagen, den «Röhrchen-Test» als Beweis auch für Kapitäne zuzulassen.

saum, tieferes Tempo

Der schweizerische Verband der Motorbootfahrer lehnt diese Änderung in seiner Antwort auf

Abweichungen von wenigen Metern nicht ankomme. Das Verkehrsaufkommen sei viel geringer und die Geschwindigkeit viel tiefer als bei Strassenfahrzeugen. Ergo sei auch die Unfallgefahr deutlich geringer – was auch die kleine Zahl an tatsächlichen Vorfällen zeige. Es sei deshalb widersinnig, «für Freizeitkapitäne die gleich strengen Promillegrenzen als Massstab anzuwenden wie im Strassenverkehr». Wenn schon, müsste ein deutlich höherer Grenzwert, etwa ab 1,0 Promille, gelten. Natürlich sei



sich positiv dazu. Der Atemalkoholtest wäre, anders als die Promillegrenze, auch für Berufskapitäne eine Neuerung.

Nicht betroffen von der Gesetzesrevision sind im übrigen «ungefährliche Schiffe» wie kleinere Schlauch- und Strandboote. Der Bundesrat will für diese Ausnahmen erlassen.

Keine umfassende Prüfung

Für Kritik von verschiedenen Seiten sorgt dafür der eigentliche Kernpunkt der Gesetzesrevision, eine Änderung bei den Sicher-

heitsprüfungen, ob die Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen. Weil die Kontrollen nicht sämtliche Schiffe routinemässig untersuchen müssen, haben sie mehr Zeit für Überprüfungen von kritischen Bereichen, wie der Bundesrat im erläuternden Bericht schreibt. Die Sicherheit werde dadurch verbessert. Für die Schifffahrtsunternehmen rechnet der Bundesrat mit einmaligen Mehrkosten. Diese würden zwischen drei und fünf Prozent der Gesamtkosten des Baus oder Umbaus